

Resolution des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik in Teltow an die Regierung der DDR, 17.6.1953

Die Werktätigen des „Carl v. Ossietzky-Werkes“ Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik, Teltow, Potsdamer-Str. 117-119, erwarten von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, dass sie im Zuge des Erkennens der von ihr begangenen Fehler alle Massnahmen einleitet, die für die Wiederherstellung der Deutschen Einheit und einer wirklichen deutschen Regierung notwendig sind, vornimmt.

Dazu gehört:

1. Freie, geheime, demokratische Wahlen in der DDR zur Bildung einer Regierung, die von allen Ländern anerkannt werden könnte zwecks Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Dazu ist erforderlich, die Reorganisierung sämtlicher in der DDR bestehenden politischen Parteien, sowie die Zulassung aller nicht faschistischen, demokratischen Parteien.
2. Die Aufhebung aller Massnahmen, die an den Zonen- und Sektorengrenzen seit 1948 von Seiten der Regierung der DDR eingeleitet worden sind. Dazu gehört auch die Absetzung der dafür verantwortlichen Regierungsmitglieder.
3. Die sofortige Ausgleichung des Lebensstandards der DDR an den Westdeutschlands, selbst wenn dieses auf Kosten der für die kasernierte Volkspolizei geschaffenen Lebensmittel- und Warenreserven erfolgt.

Die Werktätigen des „Carl v. Ossietzky-Werkes“ fordern weiterhin:

1. Entlassung aller politischen Gefangen, die sich keiner kriminellen Delikte schuldig gemacht haben.

Ausserdem Entlassung der Gefangenen, die sich gegen die Gesetze der Regierung vergangen haben, die heute als Fehler anerkannt werden.

2. Wir erwarten von der Regierung, dass sie unter Zurücksetzung aller innerpolitischen Fragen ausschließlich eine deutsche Politik betreibt, die die Wiedervereinigung ganz Deutschlands zum Ziele hat.

Die Belegschaft des „Carl v. Ossietzky-Werkes“ beschliesst, dass falls einem Kollegen aus seiner Teilnahme an dieser Versammlung Nachteile erwachsen, die gesamte Belegschaft ihr Streikrecht in Anspruch nimmt, bis die Benachteiligung des Kollegen beseitigt ist.

Wir erklären uns mit den demonstrierenden Arbeitern von Grossberlin solidarisch und machen uns ihre Forderungen zu eigen. Wir erwarten von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, dass alle bewaffneten Streitkräfte und Polizeieinheiten, die gegen die demonstrierenden Werktätigen eingesetzt sind, sofort zurückgezogen werden.

Wir erbitten Antwort bis zum 19.6.53.

[Quelle: BStU, Ast. Potsdam, Allg. P. 3069/54, Bl. 100; erstmals veröffentlicht in: Burghard Ciesla (Hg.), Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003, S. 94-95.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---